

Werner Rätz
Das Leben den Kapitalkreisläufen entziehen ¹

Ende der achtziger Jahre freuten sich die Menschen in den zusammengebrochenen autoritären Regimes in Südost- und Osteuropa über neu gewonnene (Reise)Freiheit. Ebenso wie sie wurde der mit Frieden und Demokratie identifizierte westliche Kapitalismus von allen Fesseln befreit und versprach Wohlstand in globalem Maßstab. Marx hatte gesagt, alle bisherige Geschichte sei eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen, und nun verkündete Francis Fukuyama unter dem Beifall der Welt das Ende d(ies)er Geschichte.

In der gefühlten Euphorie einer Ära des demokratischen Aufbruchs und der wirtschaftlichen Zuversicht waren Shareholder oder „Heuschrecken“ kein Thema und feindliche Übernahmen kannte man allenfalls aus *Hollywood*. Während Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge intakt, das „Modell Deutschland“ wirtschaftlich stabil schienen, trieb die europäische Wettbewerbspolitik die Kapitalmarktformen zügig voran und immer mehr ausländische Investoren entdeckten die europäischen Märkte. Der Börsengang der Deutschen Telekom 1996 war der Startschuss für einen Börsenboom in Deutschland, für eine Art flächendeckende Unternehmenskontrolle, volldemokratisch – jeder sein eigener Kapitalist.

Die Geschichte der Widersprüche und Kämpfe dagegen schien tatsächlich stillzustehen. In Europa hatte die Linke dem Epochenbruch keine eigene Perspektive entgegenzusetzen, ihre Parteien und Großorganisationen zerfielen oder strukturierten sich um. Im Süden kehrten die Nationalen Befreiungsbewegungen ins politische System zurück, ohne dass die sozialen und gesellschaftlichen Probleme, die Anlass ihres Kampfes gewesen waren, gelöst wurden. Stimmen, die darauf hinwiesen, dass die versprochene „Neue Weltordnung“ von Beginn an mit Krieg verbunden war, dass (großer) Reichtum für einige noch lange nicht (zumindest kleinen) Wohlstand für viele bedeuten müsse, dass zu den arm gemachten Ländern des Südens nunmehr sich auch die des Ostens dazugesellten, waren selten und leise und schienen irgendwie aus einer anderen Welt zu kommen.

Bis Mitte der Neunziger Jahre in einer tatsächlich anderen Welt eine Stimme laut wurde, mit der niemand gerechnet hatte. Die USA, Mexiko und Kanada hatten den Reigen der weltweiten Freihandelsabkommen mit der Nordamerikanischen Freihandelszone eröffnet und im Urwald im Süden Mexikos sagten die Maya-Indigenas laut und unüberhörbar, eine solche Welt, die nach neoliberaler Einheitsmuster geformt ist, wollen wir nicht. „Eine andere Welt ist möglich, eine Welt, in der viele Welten Platz haben.“ Und plötzlich waren die Widersprüche wieder sichtbar. Keine Patentrezepte zu haben war kein Makel mehr, sondern wurde in seinen kreativen Möglichkeiten neu entdeckt: „Fragend schreiten wir voran“, war das Motto der mexikanischen *Zapatistas*.

Die Geschichte war wieder da und mit ihr feierte auch Margret Thatchers Satz „Es gibt keine Alternative“ fröhliche Auferstehung: Basta-Kanzler Schröder, immerhin der erste echte Kriegskanzler in Deutschland seit 1945, sorgte im Verein mit den Grünen dafür, dass auch hierzulande die Hoffnungen auf Friedensdividende und Politikwechsel sehr schnell zerstoben. Wieder schien Lähmung angesagt und Perspektivlosigkeit. Die Proteste zum EU- und

¹ Unter Verwendung eigener Texte aus
Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit, Wien 2007 (mit A. Exner und B. Zenker)
„Pfui Reformismus!“ Warum attac für die radikale Linke wichtig ist, a&k 456
Chile ist das Vorbild, Chile Rundbrief 1/04
Gesundheit in Bewegung, Rundbrief medico international 11/02
Solidarität statt Konkurrenz, attac-Rundbrief 1/2001

Weltwirtschaftsgipfel im Frühjahr 1999 in Köln blieben schwach und ohne öffentliche Wirkung. Die Entstehung von attac ist Teil der Geschichte dieser mühsamen Befreiung einer noch gar nicht vorhandenen Bewegung aus der selbst geglaubten Alternativlosigkeit.

Auch in Deutschland musste es doch eine Zahl von Menschen geben, die mit den Verhältnissen unzufrieden waren, mochten ihnen auch die Begriffe oder die Kommunikationswege fehlen, um das anderen mitzuteilen, mochten sie sich als vereinzelt erleben oder ihnen Mut und Erfahrung für öffentliches Auftreten fehlen. Vor allem aber schienen sie mit den bestehenden Angeboten für politisches Engagement nichts anfangen zu können und zu wollen. Weder angeblich reformorientierte Parteien noch themenspezialisierte Bürgerinitiativen, weder linksradikale noch menschenrechtliche Gruppen, weder Soliszone mit der 3. Welt noch Umweltaktivismus war das, was sie gerne machen würden.

Es sollte schon um Ökonomie gehen und um die ganze Gesellschaft – aber ohne dass fertige Antworten gleich mitgeliefert würden. Das Ganze sollte halbwegs professionell und frei von dem behäbig-alternativen Image der Altlinken sein. Man wollte etwas tun, aber ohne sich für alles Mögliche zu binden, etwas Konkretes sollte es sein, ohne dass daraus Ansprüche abgeleitet werden könnten nach dem Motto, wer A sage, müsse auch B sagen und sei jetzt ein Kader irgendeiner Organisation. Diesem Gefühl musste *attac* erst einen Platz schaffen und selbst zu einer organisatorischen Form werden, in der sich dieses diffuse Unbehagen an den Verhältnissen in politische Dynamik verwandeln konnte.

Das im Januar 2000 als Netzwerk für die demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte gegründete *attac* Deutschland blieb trotz verhältnismäßig großer inhaltlicher Breite und klarer internationalistischer und Aktionsorientierung zunächst klein. Erst der G8 in im Juli 2001 in Genua gab einen massiven Schub. Viele Attacies halten den Kongress im Oktober 2001 bis heute für die Gründungsveranstaltung des deutschen Netzwerkes. Dabei hatte alles mit der Rente angefangen.

Das Vorbild war Chile. Dort hatten neoklassische Ökonomen 1981 ein blitzsauberes privates Sozialsystem errichtet. Der damalige Direktor der staatlichen Planungsbehörde hatte programmatisch zusammengefasst: „Das Verb privatisieren wird für sämtliche nationalen Maßnahmen und Aktionen im Imperativ und im Futur konjugiert.“ Die Weltbank behauptete 1994, die steigende Lebenserwartung der Menschen bürde den Nationen eine nicht mehr tragbare Last auf, obwohl sie selbst – und zuletzt im Juli 2009 auch wieder die OECD – gut geführte öffentliche Sozialsysteme für effizienter erklärt als private. Ihr Bericht *Adverting the Old Age Crisis* empfiehlt die Übernahme des chilenischen Vorbildes in allen OECD-Ländern. Darauf beziehen sich die EU-Regierungschefs im März 2000 bei Verabschiedung der Strategie von Lissabon ausdrücklich und an der orientiert sich Schröder mit der Agenda 2010.

Die Kritik an der Einführung privater Elemente in die Altersversorgung der BRD war für *attac* klar gewesen. Schließlich mussten so in der Perspektive bis zu 70 Mrd. DM jährlich zusätzlich auf den Finanzmärkten angelegt werden und würden dort da Mengenproblem weiter verschärfen. Also beschloss das Netzwerk auf seinem zweiten Treffen im April 2000 in Hannover eine Kampagne „Für eine solidarische Rente – Riester in Rente“. Es war die erste Kampagne von *attac* Deutschland, aber keineswegs die letzte zum Thema soziale Sicherung, die unbemerkt oder unverstanden blieb. Vor allem für manche Medienmenschen scheint die soziale Frage ausschließlich aus materieller Schlechterstellung vieler zu bestehen.

Dabei geht es immer um dasselbe Problem: Wer zahlt für die Ansprüche der großen Vermögensbesitzer? Im Kapitalismus liegt der Reichtum in zweierlei Form vor – nicht

zweimal, in zwei verschiedenen Formen, einmal als konkrete Ware oder Dienstleistung und einmal als Geldausdruck. Waren und Dienstleistungen sind, wie die Bedürfnisse, für die sie bestimmt sind, zwar vermehrbar, aber grundsätzlich endlich. Geldausdrücke dagegen benehmen sich halt, wie Zahlenreihen das tun, sie wachsen ins Unendliche. Damit aber drücken die Geldvermögen lediglich Ansprüche auf Anteile am gesellschaftlichen Reichtum aus. Wenn daraus wirklicher Reichtum werden soll, muss in der Regel jemand dafür zahlen. Das wird seit gut 30 Jahren von Konzernen, Vermögensfonds und Staaten in globalem Maßstab organisiert und heißt deshalb Globalisierung.

Globalisierungskritik heißt also nichts Anderes, als immer mehr Lebensbereiche den Kapitalkreisläufen zu entziehen und dafür zu sorgen, dass der gesellschaftliche Reichtum so benutzt wird, dass er unmittelbar den Bedürfnissen der Menschen dient.